

Da allesamt nur Männer, paßten die Bilder gut zum Text. *Franz Alt*, als Autor für das einschlägige Thema gut im Geschäft, diagnostizierte denn auch ganz synchron bei den Weltreligionen eine einseitig *männliche* Ausrichtung und empfahl ihnen mehr „Menschlichkeit“.

Solcherlei Kritik interessierte die Life-Redaktion weniger. Sie fragte nicht „Welchen Gott verkünden die Kirchen?“, sondern „Wer ist Gott?“ und druckte dazu *religiöse* „Zeugnisse“ unterschiedlichster Art ab: von einem jüdischen Talmudgelehrten und einem „wiedergeborenen“ Christen, einem indischen Bettler am Ganges und einem 14jährigen Baseball-Anhänger aus Chicago, von einem britischen Molekularbiologen und einer Leukämiekranken im letzten Stadium u. a. m. Optisch wurden diese Zeugnisse von „Gott heilt“ bis „Ich fühle Gott nicht in der Kirche, daher gehe ich auch nicht hin“, von „Ich kam zum Glauben über Schuld“ bis „Gott bestraft wirklich“ mit bunten Bildern von Muslimen in Teheran und burmesischen Mönchen, kerzentragenden Kranken in Lourdes und baptistischen Sängern aus Brooklyn angereichert.

Das Auffallende: ob kirchen- bzw. institutionenkritisch wie in Deutschland oder eher religiös affirmativ wie in den USA – die „Botschaft“ ist im Kern jeweils dieselbe: Unter den kulturellen Verhältnissen in den westlichen Ländern wird Religion immer mehr *im Plural* wahrgenommen. Wer von Religion spricht, meint selten einfach das Christentum bzw. den christlichen Glauben und erst recht nicht eine bestimmte christliche Konfession. Der durchgehende Bezugspunkt sind vielmehr Bedürfnisse des Individuums nach Heilung und Beheimatung, in diesem Sinne gewährt auch nach Religion oder jedenfalls nach Lebenshilfe und „Kontingenzbewältigung“. Pluralität ist dabei gefragt auf jeden Fall, auch religiös. Aber wenn schon religiös, dann vorwiegend in fremder oder subjektzugeschnittener Gestalt. Das „Eigene“, das Christliche dient dagegen nicht einmal als Kulisse, höchstens als Anlaß. nt

Österreich: Antikirchliche Polemik in der Ausländerfrage

Jahrzehntelang lag Österreich wie in einer Sackgasse, durch den „Eisernen Vorhang“ vom Durchgangsverkehr abgeschnitten. Als im Lauf des Jahres 1989 die Stacheldrahtverhaue an den Grenzen Ungarns und der Tschechoslowakei zu fallen begannen, war die Euphorie über diesen unerwarteten Wechsel der politischen Großwetterlage in Österreich besonders ausgeprägt. Die ostdeutschen Flüchtlinge, die über Ungarn den Weg in den Westen suchten, wurden daher in Österreich von Musikkapellen, Labestationen und Empfangskomitees herzlich begrüßt.

Diese Euphorie ist mittlerweile verfliegen. Denn immer mehr ist zu erkennen, daß es auch einen Preis gibt, der für den Fall des „Eisernen Vorhanges“ zu bezahlen ist. So kam es schon zu einer ersten Ernüchterung, als am Wochenende nach Aufhebung der seit mehr als 40 Jahren bestandenen ungarischen Ausreisebegrenzungen etwa eine Million Ungarn Österreich überschwemmten und zu einem beispiellosen Verkehrschaos führten. Als dann andere Länder wie Polen und die Tschechoslowakei ihre Freiheit wiedergewannen, kamen auch Hunderttausende Polen, Tschechen und Slowaken nach Österreich, die allermeisten nur zu einem ersten Augenschein. Es bildeten sich aber auch Schwarzmärkte, vor allem im Raum von Wien, und Tausende Arbeitssuchende boten ihre Arbeitskraft ohne Bewilligung an und wurden in vielen Fällen zu Schandlöhnen beschäftigt.

Zunehmende Fremdenfeindlichkeit

Dazu gesellten sich Tausende Asylbewerber aus Rumänien und eine unbekannte Zahl rumänischer Grenzgänger, die illegal die österreichisch-ungarische Grenze überschritten und auf

eigene Faust ihr Glück im Westen versuchten. Schon zu Beginn des Jahres 1990 wurden in Österreich 20 000 Asylbewerber registriert, davon etwa die Hälfte Rumänen.

Dieser Ansturm von Ausländern konnte vom österreichischen *Arbeitsmarkt*, der bereits insgesamt 250 000 Gastarbeiter beschäftigt, nicht problemlos aufgenommen werden. In zunehmendem Maß entwickelte sich eine Abneigung, ja auch eine offene Feindseligkeit gegenüber jenen Fremden, die aus dem Osten ins Land kamen und nicht zum Kreis der devisenträchtigen Touristen aus dem Westen zählen, die in Österreich nach wie vor höchst willkommen sind.

Die *offizielle Flüchtlingspolitik* der Republik Österreich trug noch zusätzlich zur Verschärfung des Fremdenhasses bei, denn Flüchtlinge und Asylbewerber werden in der Regel – vom Staat subventioniert – in Pensionen und Gasthöfen untergebracht, die sich dazu bereit erklären. Nun ist es aber leicht erklärlich, daß in den traditionellen und überlaufenen Fremdenverkehrsgebieten in Westösterreich, etwa am Arlberg, in Kitzbühel oder Salzburg, die Hotels und Gasthöfe so ausgebucht sind, daß dort niemand auf die Idee kommen würde, Flüchtlinge oder Asylbewerber mit Unterstützung des Staates unterzubringen. Dieses System führte dazu, daß sich die Flüchtlinge und Asylbewerber in den östlichen Bundesländern konzentrierten, wo der Fremdenverkehr traditionell viel schwächer entwickelt ist. Damit kam es zu einer Zusammenballung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Burgenland, in der Steiermark, in Niederösterreich sowie in Teilen Oberösterreichs – Gebiete, deren Wirtschaftskraft viel schwächer ist als in Westösterreich oder in Wien und wo es regional beträchtliche Arbeitslosigkeit gibt. Diese Akkumulation von

Ausländern, die vom Staat finanziert werden müssen, in ökonomisch benachteiligten Regionen führte zu einer fremdenfeindlichen Stimmung, die von den politischen Parteien nicht übersehen werden konnte.

Als eine Konsequenz dieser geänderten Situation führte Österreich im Frühjahr 1990 die *Visumpflicht für rumänische Staatsbürger* ein. Dies bedeutete einen folgenschweren Bruch mit der bisherigen Politik, denn Österreich war viele Jahre hindurch das einzige westliche Land, das den Bewohnern seiner östlichen Nachbarstaaten eine visumfreie Einreise ermöglichte. Im Wahlkampf für die Nationalratswahlen im Oktober 1990 wurde dann die Visumpflicht für polnische Staatsbürger eingeführt und gleichzeitig das Bundesheer zur Abriegelung der österreichisch-ungarischen Grenze gegen illegale Einwanderer eingesetzt.

Gegenakzente der Bischöfe

Gegen diese neue Ausländerpolitik regte sich zunächst der Widerstand in katholischen Kreisen. Der Bischof von Graz-Seckau, *Johann Weber*, bezeichnete die Einführung der Visumpflicht und den Einsatz des Bundesheeres an der Grenze öffentlich als Schande und sagte, er fühle zwar mit den Menschen im Grenzgebiet, die sich durch die neue Lage verunsichert fühlten. Es sei aber für ihn ein Signal der Wehmut, wenn Österreich Maßnahmen der Abriegelung treffe. Österreich habe lange eine Politik der offenen Grenzen verfolgt und trage Verantwortung gegenüber einem sich neu ordnenden Europa: „Wir dürfen da kein Zeichen des sich Zurückziehens setzen.“ Der Kärntner Diözesanbischof *Egon Kapellari* ergänzte bei anderer Gelegenheit, das neue Europa dürfe nicht „ein Europa einzig der Händler und der Wirtschaft sein“. Fast alle Bischöfe riefen ihre Diözesanen auf, sich der Flüchtlinge anzunehmen und dem Fremdenhaß zu widerstehen.

Das Problem eskalierte schließlich im Spätherbst 1990, als Innenminister *Franz Löschnak* bekanntgab, 7000 Rumänen, denen kein Asyl gewährt

wurde, würden demnächst in ihre Heimat abgeschoben. Zunächst sollten 1200 rumänische Asylbewerber außer Landes gebracht werden.

Gegen diese geplante Maßnahme der Regierung bildete sich im Nu eine Koalition von Katholiken, Intellektuellen und Journalisten einzelner Zeitungen, die mit Nachdruck gegen die Abschiebung der Rumänen protestierten. Die österreichische Fluggesellschaft „Austrian Airlines“ weigerte sich, Fluggäste zu transportieren, die gegen ihren Willen an Bord gebracht werden sollten. Zu einem aufsehenerregenden Eklat kam es schließlich, als der Bischof von Innsbruck, *Reinhold Stecher*, im Fernsehen als „Christ und Österreicher“ gegen die „Deportation“ rumänischer Asylbewerber auftrat und sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß unter der österreichischen Fahne Menschen gewaltsam vertrieben würden. Dieser Protest führte zu einer äußerst emotionalisierten Auseinandersetzung, in deren Verlauf 2000 Intellektuelle in einem Inseurat bekannten: „Wir schämen uns für Österreich.“ Vom Innenminister wurde verlangt, auf die Abschiebung der rumänischen Asylbewerber zu verzichten. Der Innenminister wiederum reagierte höchst aufgebracht gegen das Wort „Deportation“, der Kirche wurde der Rat gegeben, sich nicht in die Politik einzumischen. Und in der „Kronenzeitung“, an der die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ in Essen zu 45 Prozent beteiligt ist, erschienen einige Wochen hindurch Schmähartikel und gehässige Leserbriefe gegen die Bischöfe und gegen den Wiener Caritas-Direktor *Helmut Schüller*, der durch zahlreiche mutige Stellungnahmen in diesem Streit immer wieder aufgefallen war.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre forderte der Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, der Kärntner Landeshauptmann *Jörg Haider*, einen *generellen Einwanderungsstopp* und eine *Verschärfung des Asylgesetzes*. Außerdem sagte Haider, die Kirche solle nicht nur über die Flüchtlingsfrage reden, sondern in Klöstern, Pfarrhöfen und kirchlichen Gütern Asylbewerber aufnehmen. Er selbst sei Mitglied der

Kirche, betonte Haider, zahle „keine geringe Kirchensteuer“ und sei der Auffassung, daß die finanziellen Mittel der Kirche für praktische Nächstenliebe aufgebracht werden sollten und nicht so sehr für die Renovierung bischöflicher Palais. Mit dieser Äußerung griff Haider den Kärntner Diözesanbischof Kapellari frontal an, der das Bischofhaus in Klagenfurt zu einem mit zeitgenössischen Kunstwerken ausgestatteten Kommunikationszentrum ausgestaltet hatte. Kapellari erwiderte postwendend: In der Asylantenfrage solle sich niemand grobe Vereinfachungen oder gar die Entstellung von Tatsachen leisten. Dem Landeshauptmann sei bekannt, daß die katholische Kirche viele Millionen Schilling zur Hilfe an unzählige Menschen, Behinderte, Betagte und auch Flüchtlinge, aufgewendet hat. Zur Renovierung des Bischofshauses in Klagenfurt sei kein einziger Schilling aus Mitteln des Kirchenbeitrages aufgewendet worden.

In der Folge kam es zu heftigsten Polemiken gegen Haider in katholischen Zeitungen, und Bischof Johann Weber bezeichnete die Angelegenheit als „eine miese Sache“. Der junge Chefredakteur der „Kärntner Kirchenzeitung“, *Michael Maier*, der dieses Blatt binnen kurzer Zeit zu einer höchst leistungswerten Publikation ausgestaltet hat, attackierte den Landeshauptmann verbal moderat, aber äußerst hart in der Sache. Maier schrieb, letzten Endes sei Jörg Haider die katholische Kirche gleichgültig, ebenso wie ihn die Arbeiterkammer oder der Österreichische Rundfunk nur so lange interessierten, solange er sich an ihnen reiben könne. Allerdings treffe sich Haiders Linie mit einem „neuen Heidentum“ in Österreich. Die Ideologie, die dahinterstehe, sei nicht neu und dennoch gefährlich. „Dem Starken, dem Gesunden gilt die Apotheose – Haider, der Tennisfreak, der Bergsteiger und Hubschrauberpilot, der ‚Eisbrecher‘, wie ihn eine Huldigungsbiographie verehrt. Diese Ideologie ist es, die ihn gegen die Kirche losziehen läßt. Wenngleich manch ein Pfarrer schwärmt, ‚wie toll der als Taufpate war‘, so ist für Haider die Kirche doch nichts anderes als ein Verein für

Leute, die solches halt notwendig haben, Schwache eben, die man nicht brauchen kann. Haltung und Diktion fallen hier in eins: Am Kärntner Wesen ... und morgen die ganze Welt – so ganz fremd ist das alles nicht.“

Gefährliche Untiefen im gesellschaftlichen Leben

Bischof Stecher von Innsbruck reagierte milder, aber nicht weniger deutlich. Stecher sagte, der Vorwurf, daß die Kirche zu wenig getan habe, stimme immer. Die Liste der katholischen Initiativen zugunsten der Flüchtlinge sei immerhin lang. Trotzdem liege es auf der Hand, daß die Kirche nur zeichenhaft helfen könne: „Mein Appell hat sich an alle gerichtet, auch an die eigenen Reihen. Und ich meine nach wie vor, es können doch für uns in Österreich, das 7,5 Millionen Gäste pro Jahr beherbergt, ein paar tausend Flüchtlinge kein unlösba-

res Problem sein.“ Im übrigen, so fügte Stecher hinzu, empfinde er diese Auseinandersetzung ein wenig nostalgisch: „Ich habe ähnliche Töne als junger Theologe von 1938 bis 1945 gehört.“

Mittlerweile haben sich Landeshauptmann Haider und Bischof Kapellari in Klagenfurt zu einem Gespräch über die Flüchtlingsfrage in Kärnten getroffen. Nachher wurde bekräftigt, es sei eine konstruktive Unterredung gewesen. Aber eines ist durch diese Auseinandersetzung, die mehr als ein Zufall oder ein „Betriebsunfall“ gewesen ist, klar geworden: Es gibt gefährliche Untiefen im geistigen und gesellschaftlichen Leben Österreichs, und das Eis ist offensichtlich dünn, das den inneren Frieden in der Alpenrepublik trägt. Die Vergangenheit ist offensichtlich nicht so tot, wie man das manchmal meinen möchte, und schon relativ geringe Anlässe genügen, alte Ressentiments, ja sogar Haßpotentiale in neuem Gewand freizusetzen. F. C.

Italien: Seelsorgliche Leitlinien für die neunziger Jahre

Die italienischen Bischöfe haben unter dem Datum vom 8. Dezember 1990 – in Erinnerung an das Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 25 Jahren – ein umfangreiches Pastoral Schreiben veröffentlicht. Mit dem Schreiben setzen sie die Tradition großer, jeweils auf eine Dekade bezogener Leitlinienpapiere („Evangelisation und Sakramente“ – zu Beginn der siebziger, „Communio und Gemeinschaft“ – zu Beginn der achtziger Jahre) für die neunziger Jahre fort. Der Titel des Schreibens „Evangelisation und Zeugnis der Liebe“ (Evangelizzazione e testimonianza della carità) ist im Blick auf den Inhalt eher irreführend und nur schwer in seinem Bedeutungsgehalt zu übersetzen.

Es geht bei dem Schreiben weder um ein Grundsatzpapier über die karitativen Dienste der Kirche noch um eine fromm-erbauliche Exegese des christlichen Liebesgebots, obwohl der Text

sehr geistlich gefaßt ist und streckenweise durchaus Erbaulichkeit im konventionellen Sinne ausstrahlt. Im Kern handelt es sich aber um ein *Grundsatz- und Leitliniendokument über die Verantwortung der Kirche und der Christen für das gesellschaftliche Leben im Lande*, das von einem umfassenden kirchlichen Verkündigungsauftrag ausgeht und auf einen ebenso umfassenden gesellschaftlichen Einsatz der Christen zielt, ohne religiöse und politische Sphären zu vermischen. Das Schreiben insgesamt ist wohlthuend zurückhaltend formuliert, weder ergeht es sich im Anprangern von Sitten- und Wertezerrfall, noch fällt es durch scharfe Forderungen an den Staat und an die politische Führung auf. Es bemüht sich vor allem um eine realistische, unaufgeregte Analyse gesellschaftlicher Zustände, schätzt die eigenen kirchlichen Möglichkeiten nüchtern ein, bleibt aber zuversicht-

lich in dem, was der Kirche und den Katholiken in Italien während der letzten 20, 25 Jahre an spiritueller Gärung und sozialer Verantwortungsbereitschaft zugewachsen ist. Man verbeißt sich auch nicht in Einzelprobleme etwa der Sexualität, der Familie oder des Lebensschutzes, sondern hält sich an die „großräumigen“ Themen und Aufgaben.

Eigentliches *Ziel des Schreibens* ist die Selbstermunterung zu einer neuen „missionarischen“ Anstrengung, wohl wissend, daß die christliche Wahrheit „keine abstrakte Theorie ist“, sondern das Reich Gottes in der Hoffnung auf ein gutes Ende, das sich im Glaubens- und Liebeszeugnis, körperschaftlich durch die Kirche und individuell und gemeinschaftlich durch den Einsatz der Gläubigen, in der Regel der Laien, verwirklicht.

Das Zustandsbild, wie es die Bischöfe schildern, ist gekennzeichnet von einem *starken Wandel in den gesellschaftlichen, ethischen und auch religiösen Grundorientierungen*. Gesellschaftliche Erkrankungssymptome erscheinen vermischt mit Entwicklungen, die Zuversicht vermitteln. Unter den Herausforderungen für heute und morgen nennen die Bischöfe die Veränderungen im östlichen Europa, die „auch für unser Volk ein Anreiz sind, sich von ideologischem Druck, der schwer auf unserer Geschichte lastet, zu befreien“, und „weltweiten Horizont des Friedens“, die ökologische Krise und die „ungeheuer großen Wanderungsströme, die zur Aufgabe einer auf das ‚Haben‘ und ‚Konsumieren‘ zentrierten Lebens- und Gesellschaftskonzeption zwingen“.

Nüchterne Situationsanalyse

Das Schreiben geht die Probleme *großflächig* an im spürbaren Bemühen, aus verengten nationalen Sichtweisen herauszuführen und vor allem bei den eigenen Leuten Verständnis und Verantwortung für die weltweiten Zusammenhänge zu wecken, denen sich zunehmend auch ein Land wie Italien ausgesetzt sieht. Die Einwanderungsströme vor allem aus Afrika, die be-